

## Freispruch im AStA-Prozess



Am Ende hieß es am Essener Landgericht: Freispruch für die Angeklagten. (Foto: mehu)

**Vergangene Woche betreten die wegen Veruntreuung Angeklagten ehemaligen AStA-Vertreter Boris S. und Oliver B. sowie der wegen Beihilfe angeklagte Dursun S. zum achten Mal den Gerichtssaal des Essener Landgerichts. Ein weiteres Aufeinandertreffen im Rahmen dieses Prozesses wird es nicht mehr geben, denn das Urteil ist gefallen. Es lautet: Freispruch.**

Gegen 9:30 Uhr trafen die drei verbliebenen Angeklagten im Saal 101 ein. Bereits während der vorherigen Verhandlungstage schien durch, dass der Hauptanklagepunkt – Dursun S. habe keine Leistungen für sein Gehalt erbracht – nicht nachzuweisen sei (akduell berichtete). Nachdem die Beweisaufnahme geschlossen wurde und Staatsanwalt Gregor Hähner sowie die Verteidiger ihre Abschlussplädoyers abgehalten hatten, wurde nach einer eineinhalbstündigen Unterbrechung um 13:15 Uhr das Urteil gesprochen.

Es hieß: Die Angeklagten seien im Sinne der Anklage freizusprechen. Der Vorsitzende Richter Johannes Hidding begründete das Urteil damit, dass kein Vermögensschaden in Höhe von etwa einer halben Million Euro durch die Angeklagten Boris S. und Oliver B. nachzuweisen sei. Die Beihilfe zur Veruntreuung, die Dursun S. zur Last gelegt wurde, habe sich damit auch nicht ergeben. Dennoch kritisierte Hidding die Buchführung: Sie sei „mit Intransparenz belegt gewesen“.

Allerdings betonte er in seiner Urteilsbegründung, dass der abgeschlossene Beratervertrag zwischen Dursun S. und der AStA Service GmbH dem Vorwand gedient hätte, sich dadurch die Sozialabgaben zu sparen. Des Weiteren befand sich Dursun S. zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses in einem Insolvenzverfahren. Dursun S. –

und das hebte Richter Hidding hervor – habe als Betriebsleiter im KKC fungiert. Wenn der Vertrag so abgeschlossen worden wäre, hätte Dursun S. die Gewinne des KKC dem Insolvenzverwalter zukommen lassen müssen.

### Ein breiter Konsens

Dem Urteil gingen keine hitzigen Debatten im Gerichtssaal voraus. Im Gegenteil: Anklage und Verteidigung waren sich in ihren Plädoyers einig. So plädierte selbst Staatsanwalt Hähner für einen Freispruch. Dafür gab er mehrere Gründe an. Erstens seien die Rechnungen von Kerstin H.-R. zwar „nicht besonders gut“ gewesen, doch habe sie nicht mit Vorsatz gehandelt. Zudem habe sie neben der Buchführung für die AStA Service GmbH auch die der insgesamt 36 Fachschaften betreut. Zweitens sei nach der Beweisaufnahme und der Vernehmung der geladenen Zeug\*innen dem Hauptanklagepunkt, der vornehmlich Dursun S. ins Visier nahm, nicht zuzustimmen. Drittens seien die Abfindungen an Dursun S. und Oliver B. in den Verträgen festgelegt gewesen. Allerdings verwies Hähner darauf, dass die Abfindungsklausel „von Laienhand geschrieben“ worden sei. „Nachlässigkeit ist aber was anderes als Untreue“, sagte er und untermauerte damit die von ihm betrachtete Unschuld der Angeklagten. Viertens warf die Anklageschrift Boris S. vor, die Gewinnbeteiligung zu seinen Gunsten ausgelegt zu haben. Dies sei aber anhand der Beweise nicht bestätigt worden.

Die Plädoyers der Verteidiger stimmten den Einschätzungen Hähners zu. Wie bereits an vorigen Verhandlungstagen wies Verteidiger Jörg Pelz darauf hin, dass die von der Staatsanwaltschaft geladenen Zeug\*innen die Angeklagten entlasten würden.

### Entscheide Du!



Ihr entscheidet: Soll die UDE im fzs bleiben und die Kooperation mit Nextbike weiterführen? akduell berichtet über die Urwahlen auf Seite 3.

### Ran an die Urne!



Superwahl-Woche: Auch das Studierendenparlament wird neu gewählt. Was die Listen fordern, lest ihr auf den Seiten 4 und 5.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Pelz erläuterte außerdem, dass die Mandanten Boris S. und Oliver B. unter den Veruntreuungsvorwürfen und den seit fünf Jahren andauernden Ermittlungen gelitten hätten. Die Folgen seien „erheblich“ gewesen. So erklärte Gerhard Thien – Verteidiger von Oliver B. – beispielsweise, sein Mandat hätte deswegen erhebliche Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Zudem sieht er den Antrag Hähners, den Angeklagten eine Entschädigung für die Durchsuchung zu zahlen, wegen der beruflichen und privaten Belastungen als zu gering an. „Lebenschancen können nicht einfach wiedergutmacht werden“, so der Anwalt.

In abschließenden Worten erklärte Boris S., er trüge keine Bitterkeit in sich. Er habe sich vergangenen Monat mit dem Verfasser der Vorwürfe, die zur Anklage führten, getroffen und ihm vergeben. Er wolle heute endlich „positiv neu beginnen.“ Vor der Urteilsverkündung bedankte sich Boris S. abschließend bei Richter Hidding und Staatsanwalt Hähner für die „faire Verhandlungsführung“. [mehu]

Unsere gesamte Prozessberichterstattung findet ihr zum Nachlesen auf [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

# Antisemitismus und Hilfsorganisationen

Kommentar

## Beyoncé for President

Von Lea Sleiman

Die Welt positioniert sich zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten. „Now Ladies, get in Formation“, rief Beyoncé noch während des Superbowls aus. Die Sängerin und Clinton-Unterstützerin ist eine der erfolgreichsten weiblichen Musikerinnen der Welt; und das hat sie sich krass hart erarbeitet. Als Friseurintochter geboren, ist sie der gelebte American Dream, der wohl bei vielen „abgehängten“ US-Amerikaner\*innen seit einiger Zeit geplatzt ist. Sie ist eine knallharte Business-Lady, die 2011 ihren Vater und Manager abgesägt hat, um sich selbst zu coachen.

Die 35-Jährige hat in jedem Fall Führungsqualitäten – und ihr erfolgreiches Geschäft beweist, dass sie Trump sogar in seiner Disziplin (dem Geldverdienen) überlegen wäre. Sie ist Woman of Colour und würde wahrscheinlich keine widerlichen Parolen über marginalisierte Gruppen ablassen. Sie hätte die Belange einer nicht-weißen, nicht-männlichen Bevölkerung im Blick, selbst wenn sie zur Oberschicht und dem Establishment gehört.

Die Strategin, die regelmäßig ihre Außendarstellung, Auftritte und Videos plant, hat die Marke Beyoncé quasi skandalfrei etabliert: Sie übt, schreibt, trainiert täglich, wie sie in ihren Songs betont. Beyoncé weiß, was es bedeutet, sich anzustrengen – im Gegensatz zu der narzisstischen, hasserfüllten Person, die statt Ihrer gerade im Weißen Haus sitzt und die Abschiebung von drei Millionen Menschen plant. Bei Konferenzen saße sie perfekt angezogen und geschmeitelt und würde den internationalen Minister\*innen zuhören anstatt die ganze Zeit zu betonen, der\*die Beste in etwas zu sein. Außerdem wären ihre Reden, als Songtexterin, viel schöner geschrieben und sie könnte der Nation singend ihre Belange vortragen. Wie zum Beispiel über sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung von afroamerikanischen Frauen in den USA, die zwar die hochgebildetste, aber schlecht bezahlteste Gruppe in Amerika sind, worüber sie in diversen Interviews spricht.

Beyoncé hat sogar ein fucking kosmetisches Rehabilitationscenter für Männer\* und Frauen\* sowie eine Stiftung für Hurrikan-Opfer gegründet. Was hast du, zukünftiger Präsident? Die gute Beyoncé ist dir in allem überlegen. Und ich würde mir viel lieber Beyoncé's Gesicht vier Jahre lang auf allen möglichen Plakaten anschauen als die eines toupébesetzten Witzes. Deshalb der Vorschlag: Beyoncé for President.

**Überraschend gesittet ging es am vergangenen Dienstag, 8. November, auf dem Essener Campus bei der Veranstaltung „There's no Business like NGO Business“ zu. Im Vorfeld waren Plakate auf dem Campus abgerissen worden, während des Vortrags konnte Referent Alex Feuerherdt aber ungestört sprechen.**

Alex Feuerherdt betreibt den Internetblog *Lizas Welt* und schreibt regelmäßig für die *Jüdische Allgemeine*, *Konkret* oder die *Jungle World*. In seinem Vortrag „There's no Business like NGO Business“ analysierte er kritisch die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den palästinensischen Gebieten. Scheinbar ein heikles Thema für einige Studierende. Auf dem Campus wurden einige Plakate abgerissen, die auf die Veranstaltung hingen. Der AStA hing jedoch kurze Zeit darauf neue Poster auf.

Von der angespannten Stimmung war auf der Veranstaltung weder während des Vortrags noch der Diskussion etwas zu spüren. Inhaltlich begann Feuerherdt mit einer Einordnung der Geflüchtetenhilfsorganisationen in den palästinensischen Gebieten. So sei die Dichte an NGOs in den palästinensischen Gebieten weltweit am höchsten, außerdem erhalte niemand mit 1.598 Euro pro Kopf mehr Finanzhilfen als Palästinenser\*innen. Auch dass Palästinenser\*innen als einzige Gruppe innerhalb der UNO ein eigenes Flüchtlingswerk, das UNRWA, besitzen, sei kritisch zu sehen.

Feuerherdt sprach ebenfalls über die Gaza-Flotte, die 2010 in Deutschland mediale Aufmerksamkeit erregte, da auch die damaligen Linken-Politiker\*innen Inge Höger, Norman Paech und Annette Groth mitgereist sind. Bei der Reise sei es weniger darum gegangen, die Hilfslieferungen, die unter anderem aus abgelaufenen Medikamenten und ausrangierten Rollstühlen bestanden, zu überbringen, sondern vielmehr um das Brechen der damaligen Seeblockade. Außerdem seien unter den Passagier\*innen auch etwa 50 Angehörige von Terrornetzwerken gewesen, von denen mehrere angegeben hatten, als Märtyrer sterben zu wollen.

Auch innerhalb der UNO, insbesondere dem Menschenrechtsrat, nennt Feuerherdt zahlreiche antisemitische Strömungen. So wurden laut Bericht des Menschenrechtsrats bis zum Sommer 2015 insgesamt 62 Urteile gegen Israel ausgesprochen und 55 gegen alle anderen Länder dieser Welt. Gegen ein Regime wie in Nordkorea beispielsweise gerade einmal acht. Vielfach würde sich der Menschenrechtsrat auf die Aussagen von NGOs verlassen, was zum Teil gravierende Folgen habe. So seien unter anderem zur Hamas



Alex Feuerherdt sprach über einseitige NGO-Arbeit. (Foto: dav)

gehörige Polizisten zu Zivilisten gerechnet, die Hamas von der Lagerung von Waffen in Gottes- und Krankenhäusern freigesprochen und als Zivilisten verkleidete Kämpfer nicht groß thematisiert worden.

Rollen von Antisemit\*innen seien auch im Goldstone-Bericht, der vom UN-Menschenrechtsrat unter Leitung des südafrikanischen Richters Richard Goldstone verfasst wurde und den Gaza-Krieg untersuchen sollte, deutlich zu erkennen. Feuerherdt führt aus, dass einige Kommissionsmitglieder sogar während der Zeit, in der der Bericht geschrieben wurde, in israelkritischen Organisationen tätig waren. Einige der Mitglieder beschreibt Feuerherdt als „weltweit radikalste Israelkritiker“. Inzwischen distanzieren sich Goldstone sogar selbst vom Bericht, da dieser zu einseitig sei.

Die (Fehl-)Arbeit der NGOs wird am Beispiel von Amnesty International aufgezeigt. So sagt letztere in ihrem Bericht „Troubled Waters“ aus, dass Palästinenser\*innen lediglich 70 Liter Frischwasser am Tag zur Verfügung ständen, Israelis hingegen über 300. Dass diese Zahlen schlichtweg falsch sind, rechnet Feuerherdt anhand verschiedener Daten vor: So gibt selbst das Palestinian Central Bureau of Statistics einen Pro-Kopfverbrauch von 136 Litern an.

Zum Abschluss spricht Feuerherdt über die Finanzierung von NGOs. Dabei sei auffällig, dass viele aus Töpfen europäischer Länder und der EU finanziert würden, weshalb er den Begriff Nicht-Regierungsorganisation kritisiert. Auch deutsche Parteistiftungen wie die Rosa-Luxemburg-Stiftung von der Linken oder die Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen würden NGOs unterstützen, die Israel das Existenzrecht absprechen, antisemitische Verschwörungen teilen oder direkt mit Hamas zusammenarbeiteten. Auch kirchliche Verbände stünden hier in nichts nach. Feuerherdt schließt seinen Vortrag mit den Worten: „Europäische NGO-Aktivist\*innen verstehen sich als rechtschaffende Leute, leiden aber an unheilbar kranker Geltungssucht“. [dav]

# Urabstimmung: Von Rädern und Gremien



Nextbike: Eine willkommene Alternative zum ÖPNV und Auto? Die Studierendenschaft soll entscheiden. (Foto: caro)

**Was auf Bundesebene noch nicht existiert, wird nächste Woche einmal mehr an der Universität Duisburg-Essen (UDE) ausprobiert: Es stehen zwei Urabstimmungen an. Wie zuletzt 2015 über den Erhalt des Semestertickets (akduell berichtete), sollen die Studierenden vom 21. bis 25. November selbst über die weitere Kooperation mit dem Fahrrad-Verleih Nextbike sowie dem Verbleib im fzs (Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften) entscheiden. Wie und warum sich die jeweiligen Listen dazu positionieren, fasst akduell für euch zusammen.**

Seit dem Sommersemester 2016 können Studierende der UDE die Metropolräder der Firma Nextbike nutzen. (akduell berichtete) Pro Rad darf jede\*r eine Stunde lang kostenlos durch das Ruhrgebiet und Düsseldorf radeln. Im Oktober veröffentlichte der AstA die bisherige Top 10 der Ausleih-Stationen der UDE-Studierenden. Dabei fällt auf: Besonders in Duisburg kommt das Angebot gut an. Die Spitzenplätze belegen die Stationen „Uni Lotharstr./Walramsweg“ und „Oststraße“ mit jeweils über 3.000 verbuchten Ausleihen. Insgesamt zählt Nextbike an der UDE mittlerweile über 2.000 Nutzer\*innen und etwa 37.000 Ausleihen. In Essen scheinen allerdings weiterhin der ÖPNV oder das Auto die bevorzugten Transportmittel zu sein. Auf Facebook vermuten Studierende dahinter die schlechte Anbindung in Duisburg einerseits und den gefährlichen Stadtverkehr in Essen andererseits. Die Finanzierung des Angebots soll künftig über den Mobilitätsbeitrag laufen, der sich entsprechend erhöhen würde. Gerade deshalb ist es wichtig, dass sich alle Studierenden mit dem Thema befassen und mitentscheiden, wo für ihre Beiträge verwendet werden.

Die Listen der UDE stehen dem Angebot überwiegend positiv gegenüber. Die Linke Liste (LiLi) meint: „Je mehr Studis das Auto [zu Hause] lassen und das Fahrrad benutzen, desto besser!“ Zudem sei Nextbike eine Alternative, sollte „der ÖPNV mal wieder versag[en]“. Die Grüne Hochschulgruppe (GHG) sowie die Internationale Liste (IL) setzen ebenfalls auf Nachhaltigkeit und Mobilitätsalternativen. Die GHG sagt hierzu: „Insbesondere in den Abendstunden bei ausgedünntem ÖPNV-Angebot oder um megavollen Bussen/Straßenbahnen zu entgehen, ist das Fahrrad eine gute Alternative.“ Die Antihelden hoffen zudem auf einen Ausbau der bisherigen Ausleih-Stationen.

Deutlich kritischer sehen die Unabhängigen Demokraten (UD) das Angebot. Die Idee sei gut, die Nutzer\*innenzahlen hingegen weniger. Da das Angebot vor allem in Essen kaum genutzt würde, sei es für die Studierenden dort eine „zusätzliche finanzielle Belastung“. Es stelle eine „Quersubventionierung“ dar, die man ablehne. Ähnlich sieht dies auch die Liberale Hochschulgruppe (LHG) und macht indes auf ein anderes Problem aufmerksam: Diejenigen, „die mit dem Auto anreisen, leiden nach wie vor unter zu wenigen und zum Teil mangelhaften Parkplätzen“. Laut LHG ignoriere der AstA diese Interessen und versuche „mit einem unnötigen Zusatzangebot potentielle Wählerschichten [zu] mobilisieren“. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) sieht das Angebot zwar positiv, möchte aber für keine Postion Wahlkampf betreiben. Die Studierenden müssten entscheiden, ob das Angebot „zu den angestrebten Konditionen ein Gewinn“ darstelle. Auch die Jungsozialist\*innen sind der Ansicht, dass nicht die Listenmitglieder, sondern die Studierenden eine Entscheidung treffen sollen. Also: Auf, auf und mitbestimmen!

## Vernetzung auf Bundesebene

Mit rund 90 Mitgliedshochschulen und etwa einer Million Studierenden ist der fzs der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Die Vereinigung möchte einen freien Zugang zur Bildung für alle erreichen, setzt sich kritisch mit Wissenschaft und Gesellschaft auseinander, engagiert sich gegen Diskriminierungen jeglicher Art wie zum Beispiel durch Herkunft, Religion oder Gender und setzt sich für eine elternunabhängige Absicherung des Studiums ein. So findet etwa, organisiert von fzs und AstA, vom 18. bis 20. November, die *Bildungsprotestkonferenz Lernfabriken...meutern!* an der UDE statt. Diese beschäftigt sich unter anderem mit der Frage: Warum überhaupt Bildungsprotest? Der fzs versucht vor allem Interessen der Studierenden auf Bundesebene zu vertreten: Dort wo Entscheidungen wie die Bologna Reform gefällt werden. Ob der AstA der UDE Mitglied des fzs bleibt und diesem damit 0,80 Cent pro Student\*in jährlich zur Verfügung stellt, sollen nun die Studierenden selbst entscheiden.

Initiiert wurde die Urabstimmung vorwiegend von der LHG und dem RCDS, die sich kritisch über den fzs äußern und sich für einen Austritt aussprechen. So meint der RCDS, dass der Zusammenschluss „keinerlei demokratische Legitimation“ besäße und „linksradikale Parolen“ verbreiten würde. „Jedes Jahr finanzieren wir dieses fragwürdige Gebilde mit 30.000€ – damit muss Schluss sein!“, positioniert sich der RCDS auf Anfrage der akduell. Die UD erkennen an der Mitgliedschaft für die Studierenden keinen Mehrwert und halten ebenfalls die Kosten – sie benennen allerdings 36.000 Euro im Jahr – für zu hoch. „Wir finden es richtiger, den jedes Jahr fälligen Geldbetrag vor Ort an unserer Universität zu verwenden.“ Für was sie das Geld konkret verwenden möchten, bleibt dabei allerdings unklar. Auch die LHG nennt fünf Gründe gegen den Verbleib im fzs. Drei dieser Punkte verweisen dabei auf die Unbekanntheit der Studierendenvertretung: „Deutschlandweit sind nur knapp über 20 Prozent der Studierenden Mitglied im fzs.“ Wie auch RCDS und UD meint die LHG außerdem, dass sich der fzs zu viel mit Themen außerhalb der Hochschule beschäftigen würde, beispielsweise mit der Eurokrise.

Und was halten die beiden Neuen – Antihelden und IL – vom fzs? Im Grunde befürworten die Antihelden „jede ergebnisorientierte Zusammenarbeit von Studierenden“, allerdings würden sie eher „eine günstigere Variante bevorzugen“. An welchen Zusammenschluss sie dabei denken, wurde der akduell allerdings nicht mitgeteilt. Die IL spricht sich dagegen klar für einen Verbleib aus: „Da wir es für grundlegend halten, dass sich Studierende bundesweit organisieren und gemeinsam für ein besseres Bildungssystem kämpfen.“ Auch die Jusos verweisen auf das „große Potenzial [des fzs] für eine starke Vernetzung von Studierendenschaften“ und setzen sich für den Verbleib ein. Die LiLi, die sich dieser Meinung anschließt, verweist außerdem darauf, dass der fzs „die einzige selbstverwaltete Studierendenorganisation ist, die z.B. auch vor dem Bundestag gehört wird“ und sich so für Themen wie das Bafög und Rechte der Studierenden einsetzen kann. Die GHG, ebenfalls Befürworterin des fzs, hat sich dabei am ausführlichsten zum Thema gegenüber der akduell geäußert und nennt neben der Möglichkeit der Vernetzung mit anderen Studierendenschaften vor allem auch den Einfluss des fzs als Möglichkeit sich bundesweit für die Verbesserung von den Belangen der Studierendenschaft, wie der Finanzierung von Studium und Lehre, einzusetzen. „Der fzs ist nicht perfekt. Aber wenn man eine bundesweite Studierendenvertretung wünscht, und das tun wir, gibt es zur Zeit keine sinnvolle Alternative und es wird in naher Zukunft auch keine geben.“ [caro/mal]

Die Antworten der Listen findet ihr auf [www.akduell.de](http://www.akduell.de) in voller Länge.

# Acht Listen, vier Kreuze

**Neben den Urwahlen zum Verbleib im freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) und zur Weiterführung der Kooperation mit Nextbike habt ihr in der Woche vom 21. bis zum 25. November die Möglichkeit, eure studentischen Vertreter\*innen im Studierendenparlament und damit auch indirekt im AstA zu wählen. aktuell sprach vorab mit den acht kandidierenden Listen der Universität Duisburg-Essen über ihre Ziele.**

Die Kandidat\*innenliste wird in diesem Jahr etwas länger ausfallen: Neben der Grünen Hochschulgruppe (GHG), der Linken Liste (LiLi), der Juso Hochschulgruppe (Jusos) – die derzeit in einer Koalition den Allgemeinen Studierendenausschuss (AstA) stellen – sowie den momentanen Oppositionslisten Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Unabhängige Demokraten (UD) und der Liberalen Hochschulgruppe (LHG) haben sich im Laufe der letzten Monate weitere Listen formiert. Mit der Internationalen Liste (IL) und den Antihelden treten zwei neue Hochschullisten an.

## Ausbau des Kulturangebots

In einem Punkt sind sich viele Listen einig: Das kulturelle Angebot auf den Campi soll weiter ausgebaut werden. Die derzeit amtierenden AstA-tragenden Listen verweisen auf die von ihnen durchgeführten Veranstaltungen der vergangenen Legislaturperiode. „Wir haben das Campusfest organisiert, die KKC Protestpartys, Vorträge zum Thema Star Trek, Antisemitismus und die letzte Semestereinstiegsparty“, heißt es von der LiLi, die zudem auf die vom AstA ins Leben gerufene Kooperation mit dem Theater an der Ruhr aufmerksam macht durch die UDE-Studierende rabattierten Eintritt in die Vorstellungen auf der Mülheimer Bühne erhalten. Weiterhin möchten sie, GHG und die Jusos wieder Vorträge zur politischen Bildung anbieten. Die oppositionelle UD bestärkt dieses Vorhaben, allerdings wünschen sie sich ein alternatives, breiter aufgestelltes Angebot, um mehr Studierende einzubeziehen. Die neue IL möchte ebenfalls das kulturelle Angebot auf dem Campus ausbauen: „Gemeinsam wollen wir kulturelle Veranstaltungen, Festivals, Poetry-Slams und vieles mehr gemeinsam mit den Studierenden organisieren.“

Zwar fordern auch andere Listen den Ausbau kultureller Begegnungsstätten, unmittelbar zum Kunst- und Kulturcafé (KKC) äußern sich jedoch nur die LiLi, die GHG und Jusos. Sie fordern eine Wiedereröffnung des ehemaligen studentischen Freiraums direkt am Essener Campus, der nun seit über einem Jahr geschlossen ist (aktuell berichtete). „Gebt uns das KKC zurück“, postuliert beispielsweise die GHG. Koalitionspartner LiLi möchte zudem den Druck auf das Studierendenwerk erhöhen – sowohl was die Zukunft des KKC als auch hinsichtlich

der problematischen Situation in Wohnheimen wie Auf der Union (aktuell berichtete).

## Mehr Services für Studierende

Bereits Anfang des Jahres erhoben die Oppositionslisten ihre Stimmen und kritisierten die Parkplatzzustände an den Campi (aktuell berichtete). „Ja zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, aber wir wollen auch eine Verbesserung der Parkplatzsituation in Duisburg und Essen oder eine Ausweitung der Shuttlebus-Taktung“, fordern beispielsweise die UD. Sie beschreiben die ökologische Ausrichtung des Mobilitätsreferats als „oberlehrerhafte Haltung mit welchem Verkehrsmittel man zur Uni fährt.“ Unterstützung erhalten sie vom RCDS, von der LHG sowie von den Antihelden, die zudem eine bessere Beleuchtung und eine Optimierung des Sicherheitspersonals anstreben. Anders sieht das die IL, die die Parkplatzdebatte „unnötig“ findet und auf die Notwendigkeit hinweist, die Shuttlebus-Taktung zu verbessern. Die GHG wirft der Opposition vor, sich „einseitig“ auf die Parkplatz-Situation zu fokussieren. Die grüne Liste kündigt zudem an, die Universität mit 100 Prozent Öko-Strom betreiben und kostenlose Trinkwasserspender an den Campus installieren zu wollen. Auch möchte sie die studentischen Mitbestimmungsmöglichkeiten ausbauen und sich für die Viertelparität einsetzen: Damit hätte die Statusgruppe der Studierenden, die die größte Anzahl an Universitätsangehörigen repräsentiert, im universitären Senat dieselbe Stimmgewalt wie andere Statusgruppen.

Hinter der Forderung eines ökologisch bewussteren Campus stellt sich auch die IL: „Vor dem Hintergrund globaler Herausforderungen wie dem Klimawandel, sozialer Ungerechtigkeit und Ressourcenverknappung wollen wir das allgemeine Bewusstsein für (ökologische) Nachhaltigkeit bei den Studierenden und Mitarbeiter\*innen der Universität stärken und fordern mehr themenbezogene Veranstaltungen.“

Auch für die Verbesserung des Lernraums engagieren sich einige Listen verstärkt. „Unter dem Ausbau des Lernraums verstehen wir zum Beispiel die Verbesserung des WLANs“, heißt es von den Antihelden. Flexibilisierung universitären Lernens spielt auch bei der LHG und dem RCDS eine Rolle. „Eine familienfreundlichere Universität wollen wir zum Beispiel durch längere Bibliotheksöffnungszeiten und eine verstärkte Digitalisierung von Vorlesungen erreichen“, benennen die Christdemokrat\*innen ihr Vorhaben.

Bei der Inklusion von Geflüchteten im universitären Kontexten sieht die IL Handlungsbedarf. Sie fordern beispielsweise Sprachkurse und zusätzliche Angebote für sie – unabhängig davon, ob die Refugees (angehende) Studierende sind oder nicht. „Weiterhin brauchen wir eine Ausweitung von Betreuungsangeboten für (ausländische) Studierende“, heißt es von ihnen. Dies solle in Form von Begleitung bei Behördengängen oder in der Bereitstellung von Informationen in mehreren Sprachen geschehen. Letzteres möchte die GHG in der kommenden Wahlperiode ebenfalls umsetzen.

## Streitpunkt: Das liebe Geld

Beim Geld hört die Freund\*inschaft bekanntlich auf. Die derzeitigen Oppositionslisten werfen dem AstA eine schlechte Haushaltsführung vor. „Wir wollen die Studenten durch eine Senkung des Semesterbeitrags entlasten“, heißt es vom RCDS, der von der LHG und den UD Zuspruch erhält. Mittlerweile hätten sich über zwei Millionen Euro Rücklagen gebildet, was eine Senkung des Studierendenbeitrags ihrer Ansicht nach rechtfertigen würde. Dieser belief sich im Wintersemester 2016/17 auf 290,22 Euro und setzt sich aus dem Mobilitätsbeitrag in Höhe von 182,22 Euro, dem Sozialbeitrag fürs Studierendenwerk in Höhe von 95 Euro sowie den Beitrag für den AstA in Höhe von 13 Euro zusammen. Zudem würden die vom AstA be-



Acht Listen bublen auf dem Campus demnächst um Wähler\*innenstimmen.



Vom 21. bis zum 25. November können die Studierenden wieder über ihre hochschulpolitische Vertretung entscheiden. (Fotos: fro)

triebenen Veranstaltungen nach Ansicht der Oppositionslisten lediglich von einem Teil der Studierendenschaft wahrgenommen. Das Desinteresse der Studierendenschaft äußere sich auch durch die niedrige Beteiligung bei Wahlen um universitäre Gremien. Bei der vergangenen Stupa-Wahl war diese mit 2.754 abgegebenen Stimmen bei rund 6,5 Prozent zu beziffern. RCDS und UD werfen dem AStA vor, „Klientelpolitik“ zu betreiben: „Statt die Interessen der breiten Masse der Studenten zu vertreten, wird Klientelpolitik betrieben und Organisationen oder Personen, die dem AStA politisch nahestehen, werden mit Geldern der Studentenschaft querfinanziert. Selbst linksextremistisch oder vom Verfassungsschutz beobachtete Strukturen schrecken GHG, LiLi und Jusos nicht ab“, kritisieren die Christdemokrat\*innen, die diesbezüglich auch seitens der LHG Zuspruch erhalten. Damit spielen sie auf die finanzielle Unterstützung eines Vortrages im Hochfelder Stadteilladen Syntopia an, deren Referentin sich bei der Roten Hilfe engagiert. Nach eigenen Angaben handelt es sich dabei um „eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt“ (aktuell berichtete).

Würden die Forderungen der Oppositionslisten umgesetzt, sieht die GHG die Gefahr, „die studentische Selbstverwaltung auf das absolute Minimum einzustampfen.“ Ähnlich formuliert es die LiLi: „So fordern sie [die Oppositionslisten] in fast all ihren Anträgen an das Studierendenparlament die Senkung bis hin zur Streichung der Kosten und Ausgaben, obgleich diese den Studierenden zu Gute kommen.“ Die IL betrachtet die finanzielle Unter-

stützung von Veranstaltungen außerhalb des Campus als kritisch.

### Wer mit wem?

Jusos, LiLi und GHG bezeichnen ihre bisherige Zusammenarbeit allesamt als zufriedenstellend. „Sollten die Mehrheiten es hergeben, sehen wir keinen Grund, diese Arbeit nicht fortzuführen“, heißt es von den Jusos. Über eine mögliche Koalition mit den beiden neuen Listen IL und Antihelden können die Jungsozialist\*innen zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Auskunft geben. Klar ist für die AStA-tragenden Listen bereits, mit wem sie keine Koalition eingehen werden. „Die derzeitigen drei Oppositionslisten haben in der aktuellen Wahlperiode durch einseitige rückständige Positionierungen und ihren klar erkennbaren Willen die studentische Selbstverwaltung einzuschränken gezeigt, dass wir weder mit dem RCDS, noch mit den Unabhängigen Demokraten oder der LHG koalieren können und werden“, so die GHG. Über eine mögliche Koalition mit den UD äußerten sich die Jusos und die LiLi noch nicht.

Die Oppositionslisten schließen derweil eine Koalition mit den aktuellen AStA-tragenden Listen aus. Prinzipiell sehen sich LHG und UD als offen für sämtliche Koalitionsfragen, doch seien Schulterschlüsse mit der GHG, der LiLi oder des Jusos nicht absehbar. Um ihre „unabhängige und somit ideologie- und parteifreie Haltung [umzusetzen]“, müsste der derzeitige AStA „um ein Vielfaches konsensfähiger werden“, heißt es von den UD. Auch der RCDS sieht eine Koalition mit den aktuellen Mehrheitslisten als nicht möglich. Gerne würden sich die drei Listen in einer Koalition aus UD, LHG und RCDS an der Spitze der studentischen Selbstverwaltung sehen.

Die Antihelden möchten sich alle Möglichkeiten offenhalten: „Da es weder eine AfD oder NPD-Liste gibt, freuen wir uns über jedes ergebnisorientierte Gespräch.“ Die IL sei mit der Politik des aktuell amtierenden AStA nicht einverstanden und beklagt, dass antimuslimischer Rassismus bei den Listen „kaum eine Rolle“ spiele. Insgesamt sieht sich die IL als links der Mitte. Eine Koalition mit dem RCDS schließen sie daher klar aus. [fro]

Die Antworten der Listen findet ihr auf [www.aktuell.de](http://www.aktuell.de) in voller Länge.

**Montag bis Freitag, 21. bis 25. November, könnt ihr an folgenden Wahllokalen von 10 bis 16 Uhr eure Stimmen abgeben:**

*Campus Essen:*  
Foyer der Mensa  
Eingangsbereich Bibliothek (R11)  
Foyer des Gebäudes So6  
Audimax Klinikum

*Campus Duisburg:*  
Foyer des Gebäudes LX  
Foyer des Gebäudes MM  
Foyer des Gebäudes BA

## Bewegen

### Bildungsprotestkonferenz



Diese Woche lädt das Bündnis „Lernfabriken meutern“ zur Bildungsprotestkonferenz ein. Das Bündnis kritisiert die Bildungspolitik hierzulande als äußerst selektiv. Daher soll die Konferenz als Startsignal zu Protesten im Sommer 2017 dienen. Wo genau die Konferenz stattfindet und wie ihr euch anmelden könnt, erfahrt ihr unter [www.lernfabriken-meutern.de](http://www.lernfabriken-meutern.de).

↗ **18. bis 20.11., Campus Essen**

## Ballern

### 90er-Party

Scatman John sagte in den 90ern bereits: „Ski-Bi dibby dip yo da da dub Ya da da dub“. Mit dieser Weisheit soll der US-amerikanische Musiker bis in alle Zeit Recht behalten. Wer die wochenendliche Ekstase bei musikalischer Beschallung aus den 90ern genießen möchte, sollten sich als tanzwütige Dancefloor-Aufmischer\*innen nicht lumpen lassen, dem Kultkeller im wunderschönen Duisburg einen Besuch abzustatten.

↗ **Samstag, 19. November, ab 22 Uhr, Kultkeller, Steinische Gasse 48, Duisburg**

## Belesen

### „Generation Beziehungsunfähig“

In einer Lesung könnt ihr den Worten Michael Nasts lauschen, der euch einen Blick in das heutige Flirtverhalten via Tinder und Co gibt und die Hindernisse und sonstigen Probleme bei der Suche nach dem\*der Richtigen beschreibt. Sind wir zu anspruchsvoll? Machen wir es uns selbst unnötig schwer? Das Urteil überlässt Nast seinen Zuhörer\*innen.

↗ **Donnerstag, 17.11., ab 19 Uhr, Rheinhausen-Halle, Beethovenstr. 20, Duisburg, Tickets ab 13,20 Euro**

# Refugees protestieren gegen Wohnsitzzwang

Seit August dieses Jahres will die Bundesregierung die Integration von Geflüchteten mit dem Integrationsgesetz „fördern und fordern“ – diese sehen das anders, bezeichnen das Gesetz als integrationsfeindlich und organisieren sich dagegen, insbesondere gegen die Wohnsitzauflage. Demonstriert wird am 19. November in Düsseldorf.

Das Integrationsgesetz ist ein Artikelgesetz und damit ein Bündel von neuen Verordnungen und Auflagen für Geflüchtete. Es ist am 6. August in Kraft getreten. „Ich bin froh, dass wir für diejenigen, die dauerhaft bei uns bleiben, klare Spielregeln geschaffen haben“, sagte damals Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Das neue Gesetz beinhaltet unter anderem das Bleiberecht für die gesamte Dauer der Berufsausbildung sowie des Studiums. Damit hängt auch der Schutzstatus vom Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsplatz ab.

Das Integrationskursmodell soll ausgeweitet werden, soziale Leistungen werden mit dem Bestehen und Weiterführen der Integrationskurse verknüpft. Schutzberechtigten wird verordnet, im Bundesland ihrer Asylantragstellung zu wohnen und die Länder erhalten die Möglichkeit, innerhalb des Landes Wohnsitze zuzuteilen. 100.000 „Arbeitsmöglichkeiten“ mit Ein-Euro-Vergütung wurden geschaffen, die von Sevim Dağdelen, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, laut Tagesschau als „Billiglohnsektor“ klassifiziert wurden.

Was als geschriebenes Gesetz innovativ klingen mag, bedeutet für die Geflüchteten eine neu geschaffene Lebensrealität. Den verschiedensten Institutionen wie Arbeitgeber\*innen oder dem Land werden Machtbefugnisse zugesprochen. Geflüchtete Menschen werden dabei auch maßgeblich in ihren Entscheidungsfreiheiten eingeschränkt. Insbesondere die Wohnsitzauflage wird derzeit von Geflüchteten aus NRW zum Anlass für Kritik genommen.

## Refugees streiken

Denn viele Geflüchtete sind nach ihrer Anerkennung und vor Inkrafttreten des Gesetzes in diesem Jahr nach NRW gezogen und müssten jetzt in das Erstaufnahmeland zurück. Denn das vom Bund beschlossene Integrationsgesetz sieht in der sogenannten Wohnsitzauflage auch vor, dass alle Geflüchtete, die ab dem 1. Januar 2016 eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten haben, in dem Land leben müssen, in dem sie ihren Asylantrag gestellt haben. Egal, ob sie zwischen Januar und August noch nach Aufenthaltsgesetz völlig rechtskonform umgezogen waren. Auch innerhalb NRW darf vom Land entschieden werden, wo gewohnt wird.



Aus kommunalem wird landesweiter Protest: Plakate vor dem Protestcamp in Bochum im August. (Fotos: Rolf van Raden)

Gemeinsam mit Unterstützer\*innen organisieren sich Geflüchtete explizit gegen diesen Wohnsitzzwang. An die Landesregierung, insbesondere an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger (beide SPD), soll ein offener Brief verschickt werden. Anhand der konkreten Situation der Geflüchteten, den Positionen von anderen Bundesländern (alle anderen Regierungen entschieden sich dagegen, die Wohnsitzauflage rückwirkend anzuwenden) und europäischem Recht wird die Wohnsitzauflage kritisiert.

Vergangenen Samstag trafen sich die Aktivist\*innen bei der *Refugee Strike NRW Conference* am Campus Duisburg, um mit Interessierten eine Demonstration gegen den Zwang in das ehemalige Bundesland zu ziehen, vorzubereiten: „Es waren größtenteils Geflüchtete und Unterstützer\*innen aus Bochum und Duisburg da, gemeinsam haben wir Arbeitsgruppen gebildet: zu Medienarbeit, kreativen Aktionen und der Infrastruktur der Demonstration. Anschließend wurden Plakate gemalt“, sagt Christian vom Refugee Support der UDE zum Verlauf der Konferenz.

## Nächsten Samstag wird's ernst

„Wir haben uns eingelebt, einen Platz in der Schule für unsere Kinder gefunden, einen Sprachkurs angefangen, [...] neue Freunde kennengelernt. All das soll uns jetzt wieder genommen werden! [...] Wir wurden monatelang ohne richtige Information, Schweigen und mit falschen Versprechen in der Schwebelage gehalten“, schreiben die Geflüchteten auf der Facebook-Veranstaltung zur Demonstration. Es sei immer noch unklar, ob in den Bundesländern, in die zurückgekehrt werden soll, nochmal ein Integrationskurs übernommen wird und wo dort gelebt werden müsse. „Wir sollen ins Ungewisse geschickt werden“.



Kommenden Samstag, 19. November, wird deshalb ab 15 Uhr unter dem Motto „Wir wollen hier bleiben!“ am Platz der deutschen Einheit in Düsseldorf demonstriert. Die Situation soll öffentlich erklärt und anschließend kritisiert werden. Am 1. Dezember entscheidet die Landesregierung NRW dann über die Regelung der Wohnsitzauflage. „Wir hoffen auch in anderen Städten Menschen zu erreichen, sodass die Geflüchteten untereinander solidarisch sind und dass besonders Wahlberechtigte Bürger\*innen die Parteien unter Druck setzen“, sagt Unterstützer Christian zur geplanten Demonstration.

Außerdem fordern die Protestierenden ein Mitspracherecht bei Integrationsentwürfen und appellieren an die Landespolitik, Menschen nicht wie Objekte umzuverteilen. Um möglichst wirksam gegen einige Punkte des Integrationsgesetzes vorzugehen, wird landesweit mobilisiert. Gesucht werden außerdem im Raum Duisburg Studierende, die am Samstag um **13.15 Uhr am Hauptbahnhof in Duisburg** Geflüchtete auf ihr Ticket zu der **Demonstration um 15 Uhr in Düsseldorf** mitnehmen können. [lys]

# Just doin' our thing

Das Hamburger Label *Audiolith* hat seine 250. Veröffentlichung *Doin' our thing*, ein Sampler vertreten mit allen möglichen Musiker\*innen der Plattenfirma, rausgebracht. Grund genug, dem Phänomen *Audiolith* nachzugehen.

Von Gastautor Richard Diesing

„*Audiolith*, *Audiolith* ich hab' dich so lieb und das schon seit zehn Jahren“, heißt es von Okma & Relups anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Plattenfirma. Und das ist nicht das einzige Lied, das *Audiolith*-Künstler\*innen ihrem Label gewidmet haben. *Frittenbude* verknüpften in ihrem Lied *Bilder mit Katze* zum Beispiel eine Liebesgeschichte mit dem T-Shirt des Labels, das Kult-Status erreicht hat: „Du kaufst, der Frau die du liebst, ein Shirt von *Audiolith*“. Und der Hamburger Musiker *ClickClickdecker* wählte als Refrain seines Liedes *Durch die Bank* das Labelmotto „Just doin' our Thing“. Es entsteht der Eindruck, dass *Audiolith* kein gewöhnliches Label ist. „Ich denke wir haben aus Versehen etwas geschaffen, womit sich viele Menschen identifizieren können“, sagt Gründer Lars Lewerenz auf die Frage, was *Audiolith* so besonders macht. Er ist das Gesicht, der 2003 gegründeten Plattenfirma. Heute beschäftigt er mehrere Mitarbeiter und hat eine große Bandbreite an Musiker\*innen unter Vertrag.

Diese Diversität ist auch ein Grund für seinen Erfolg. *Audiolith* ist zwar politisch eher links, hat aber auch genügend Künstler\*innen an Board, die nicht explizit politisch in Erscheinung treten. Die einen machen elektronische Tanzmusik, die anderen ruhigen deutschsprachigen Indierock. Und ganz viele irgendwas dazwischen. *Audiolith* lässt den Künstler\*innen freie Hand. Torsun von *Egotronic* zum Beispiel hat schon mehrere Male die Besetzung um ihn herum geändert und auch der Musikstil der Band hat sich mit den Jahren immer wieder gewandelt. Trotzdem ist *Egotronic* bis heute *Audiolith* treu geblieben – und andersherum.

Die Band ist so etwas wie das politische Aushängeschild des Labels, auch wenn es keine explizite Leitlinie für Musiker\*innen gibt. Trotzdem sind es eher die linken Künstler\*innen, die hier unter Vertrag stehen. Da sind, neben *Egotronic*, auch jüngere Bands wie *Neonschwarz* oder *Feine Sahne Fischfilet*. Beispiele dafür, dass *Audiolith* eine hervorragende Nachwuchsarbeit leistet. Junge, unbekanntere Acts landen auf dem Label und bleiben dort. *Frittenbude* zum Beispiel. Die Band ist über die linke Indieszene hinaus bekannt. Die Berliner brachten bisher alle ihrer Alben bei *Audiolith* heraus – trotz ihres einsetzenden Erfolges.

Ein Grund dafür sind die familiären Strukturen. „Der Erfolg ist eigentlich das soziale Netzwerk dahinter“, so Lewerenz 2010 gegenüber dem Kultursender *Arte*. Ist *Audiolith* also so etwas wie eine große Familie? Oft scheint es so. Die aufge-



Das Logo des Labels. (Foto: Richard Diesing)

löste Band *Bratze* bestand aus zwei Musikern, die sich erst über *Audiolith* kennenlernten, auf dem sie zuvor schon Solo-Veröffentlichungen herausbrachten. Auch die gern erzählte Geschichte, dass *Egotronic* nie einen Vertrag mit *Audiolith* unterschrieben haben, sondern alles immer per Handschlag geregelt haben, trägt zu diesem Image bei. Das deutet ja an, dass die Beziehung der Bands und Künstler\*innen zu ihrer Plattenfirma nicht szenetypisch scheint. *Audiolith*, das ist kein gesichtsloses Label wie jedes andere, sondern eines mit Herz und einer gewissen Einstellung.

Geld, das fällt auf, ist für *Audiolith* nicht so wichtig, wie bei vielen anderen Labels. Klar, die Veröffentlichungen müssen sich auch verkaufen, damit sich *Audiolith* weiter hält. Aber andere Dinge sind wichtiger. Die Persönlichkeit der Musiker\*innen zum Beispiel. „Es ist ein Label basierend auf privaten Kontakten“, meint Torsun in der Doku *10 Jahre Egotronic*. Lewerenz nehme zum Beispiel niemanden auf, den er nicht leiden kann, so Torsun weiter. Es seien immer freundschaftliche Verbindungen. „Deswegen funktioniert *Audiolith* halt auch ein bisschen anders als andere Labels“.

*Audiolith* hat sich mit der Zeit professionalisiert. Heute haben sie Mitarbeiter\*innen, die sich zum Beispiel ausschliesslich um Pressemitteilungen und den Kontakt zu Journalist\*innen kümmern. Es ist nicht mehr das Eine-Person-Label, wie es Lewerenz 2003 gründete. Seither erschienen 250 Veröffentlichungen auf *Audiolith*. „Ich bin sehr dankbar dafür, dass aus einer kleinen Idee mein Beruf geworden ist und ein paar Leute ernähren kann“, so Lewerenz. *Audiolith* sei sein Alltag, sein Beruf und seine Liebe. An den Zeitpunkt, an dem er gemerkt hat, dass *Audiolith* mehr als ein Hobby wird, erinnert er sich trotzdem noch genau: „Als ich 2007 meinen 30 Stunden Job kündigen konnte, um mich hauptberuflich auf das Label zu konzentrieren.“ In diesem Jahr bezog Lewerenz auch sein erstes Büro. „Raus aus unserem Wohnzimmer und „richtig“ arbeiten gehen“, so beschreibt er das. Nun also die 250. Veröffentlichung der Hamburger\*innen. Schauen wir mal, was die 500. sein wird.

## Kurzgefasst

### Antisemitismusvorwürfe beim UDE-Wahlkampf

Die Listen der Personen, die bei den Wahlen zum Studierendenparlament antreten, hängen seit der vergangenen Woche auf den Campi. Noch am selben Tag veröffentlichte das bundesweit bekannte Polit-Blog *Ruhrbarone* einen Artikel zu einem der Kandidierenden. Unter dem Titel „Wahlen an der UDE: Neue Liste mit alten Bekannten“ beschäftigt sich der Autor vor allem mit Jules El-Khatib, Mitglied im NRW-Landesvorstand der Linken und ehemaliger aktuell-Redakteur, der als Solidaritätskandidat für die Internationale Liste antritt.

Der Artikel verweist vor allem auf Krawalle im Anschluss einer von El-Khatib mitorganisierten Demonstration in der Essener Innenstadt im Sommer 2014. Damals hatten Demonstrationsteilnehmer\*innen pro-israelische Protestierende vor dem Hauptbahnhof attackiert. Laut den *Ruhrbaronen* sei El-Khatib ein „radikaler Israelhasser“, der Linksjugend solid-Mitglieder vom Bundesarbeitskreis Shalom (BAK Shalom) unterstelle, sie würden von Konzernmedien gesteuert – dies wird mit verlinktem Screenshot belegt. Außerdem stamme der sich selbst als „israelischen Palästinenser“ bezeichnende Politiker tatsächlich aus Köln.

Jules El-Khatib hält die Vorwürfe gegen ihn dagegen für „absurd“. Auf aktuell-Anfrage heißt es: „Die Aussage, ich sei ein radikaler Israelhasser, ist eine Lüge, der jegliche Grundlage fehlt. So bin ich seit Jahren ein Verfechter eines Friedens zwischen Israelis und Palästinensern, wofür ich mich sowohl in Deutschland als auch im Nahen Osten eingesetzt habe.“ Und weiter: „Auch die Behauptung ich sei kein ‚palästinensischer Israeli‘ ist eine Lüge, da ich einen israelischen Pass besitze und meine Familie der palästinensischen Minderheit angehört.“

Zu den Ausschreitungen nach der Demonstration 2014 sagt El-Khatib heute: „Dieses Verhalten muss klar verurteilt werden und wir müssen uns eingestehen, dass wir als Organisatorinnen einige Fehler gemacht haben und uns deutlich zu spät von diesen Fehlern distanziert haben.“ Laut El-Khatib habe ein Ansturm auf die Synagoge nie stattgefunden. Das hätte ihm die Polizei an dem Tag vor Ort bestätigt. El-Khatib sei von den *Ruhrbaronen* außerdem nicht für ein Statement angefragt worden.

# Zeitungsredakteur\*innen gesucht!



**Du:**

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und WordPress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

**Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion neue Redakteur\*innen**

akduell-Redakteur\*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld von 3 Euro je 500 Zeichen und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird montags von fünf Redakteur\*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, mittwochs findet eine Redaktions-sitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, 20. November 2016, an: [vorsitz@asta-due.de](mailto:vorsitz@asta-due.de)

**Impressum**

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Joey Strasdat, Marcus Lamprecht u.a.

**Projektkoordination:** Nils Kriegeskorte

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Lea Sleiman (lys), Maren Wenzel (mac), Marie-Luise Eberhardt (mal), Meiko Huismann (mehu), Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Daniel Veutgen (dav)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** [redaktion@akduell.de](mailto:redaktion@akduell.de)

**Web:** [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

**HIRNAKROBATIK**

9						
7	5			9	2	
	3	4	1		5	
	1		7	5	6	9
8						7
	7	8	3	4		5
	2		7	8	6	
	7	2			8	3
						5

**WOHNHEIMGESCHICHTEN**

